

Zusammenfassung des Sozialforums Koblenz von Februar 2005
von Herbert Böttcher

Hartz IV ist mehr als Sozialabbau.

so ließe sich das Fazit aus dem Koblenzer Sozialform vom Februar 2005 formulieren. Natürlich ist Hartz IV auch Sozialabbau. Viele Menschen werden in die Verarmung und in prekäre Lebenssituationen getrieben. Bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe sinken auf Sozialhilfeniveau. Die Pauschalierung der einmaligen Beihilfen bedeutet unter dem Strich weniger Geld als die Orientierung an der individuellen Bedarfsdeckung. Hinzu kommt, dass der Umzug in eine kleinere Wohnung, die Verwertung von Vermögen, das Ausschnüffeln von intimen Familien- und Partnerbeziehungen zu befürchten ist. Das alles ist schlimm genug. Noch schwerer jedoch dürfte das wiegen, was in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und diskutiert wird: der Weg in den autoritären Staat, der mit Hartz IV eine zusätzliche Dynamik erhält. Das Problem wird schnell deutlich, wenn man bedenkt, dass es höchst unrealistisch ist, die mehr als 5 Millionen Arbeitslosen auf ca. 400.000 offene Stellen zu vermitteln. Was aber ist dann der politische Sinn von Hartz IV?

Der ‚liberale‘ Markt...

Das Personaldienstleistungszentrum ist auf den (Arbeits-) Markt ausgerichtet. D.h.: Es hat Arbeitskräfte auf die Nachfrage hin zu vermitteln. Von den Marktbedingungen her werden aber nicht gesicherte und gut bezahlte Arbeitsplätze nachgefragt. Gefragt sind vielmehr extrem billige, hinreichend flexible und überdurchschnittlich motivierte Arbeitskräfte. Deshalb werden Arbeitsuchende vor allem in schlecht bezahlte und ungesicherte Arbeitsgelegenheiten vermittelt werden.

... und der ‚autoritäre Charakter‘ des Staates

Das Personaldienstleistungszentrum ist aber nicht nur auf den Markt ausgerichtet, sondern gleichzeitig eine Behörde mit hoheitlicher, d.h. staatlicher Sanktionsmacht. Es kann Bezüge kürzen und Menschen zur Arbeit zwingen. Der ‚liberale‘ Markt verbindet sich mit dem ‚autoritären‘ Staat. So wird Hartz IV zu einem Umerziehungsprojekt. Wer im ersten Arbeitsmarkt nicht unterkommt, muss seine Vorstellung von Arbeit überprüfen. Die Gewissensfrage ist: Bin ich zu ‚inneren Reformen‘ bereit? Im Klartext: Bin ich bereit, mich von traditionalistischen Vorstellungen zu verabschieden: z.B. von der illusionären Erwartung, eine Arbeit müsse existenzsichernd, die Tätigkeit qualifiziert und das Beschäftigungsverhältnis von langer Dauer sein... Eine Leistung erhält nur, wer in ‚Gedanken und Werken‘ bereit ist, sich von ‚Arbeitsplätzen de luxe‘ zu verabschieden und aufzubrechen in die schöne neue Welt von Gelegenheitsjobs für Tage- bzw. StundenlöhnerInnen. Fehlender Flexibilität kann der autoritäre Rechtsstaat durch entsprechende Repression, die an die Grundlage der Existenz geht, nachhelfen.

Fordern unter dem Schein des Förderns

Verschleiert wird der mit Hartz IV verbundene ‚autoritäre Charakter‘ einer Volksumerziehung durch eine liberale, gar emanzipatorisch klingende Rhetorik, mit der Hartz IV durchgesetzt wird. Manches klingt so, als ginge es um Hilfe zur Selbsthilfe, gar um Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit. In Wirklichkeit jedoch werden Begriffe wie Gleichheit,

Gerechtigkeit und Solidarität ihres Inhaltes beraubt und auf die Markt- und Standortgemeinschaft ausgerichtet. Gleichheit wird zur Chancengleichheit auf dem Markt, Gerechtigkeit zur Leistungsgerechtigkeit und Solidarität zur Solidarität mit dem Standort. Aus der Solidarität mit der Standortgemeinschaft erwächst dann auch die ‚soziale‘ Verpflichtung, klaglos Arbeitsgelegenheiten anzunehmen und sich sogar dem Arbeitszwang zu fügen. Wer zuwider handelt, schädigt die Standortgemeinschaft und kann mit Leistungsbezug bestraft werden. Die Leistungsgerechtigkeit gebietet ja: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Damit können die sozial Ausgegrenzten mit Mitteln der Repression wieder in die Standortgemeinschaft ‚eingegliedert‘ werden. Der Ausgrenzungskapitalismus zeigt denen die Zähne, die aufgrund ihrer Ausgrenzung zu einem Sicherheitsrisiko werden könnten.

Was ist zu tun?

Das Sozialforum kann sicher keine Hilfe im Einzelfall bieten. Aber es kann helfen, dass wir uns darüber verständigen, was in unserer Gesellschaft vorgeht. Das kann uns selbstbewusster machen, das zu fordern, was Menschen an sozialen Rechten zusteht und uns gegen einen Staat zu wehren, der auf soziale Ausgrenzung zunehmend mit Repression antwortet.

Wir können laut und deutlich zum Ausdruck bringen, dass weder die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen noch das Besitzstandsdenken der Beschäftigten das Problem ist, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen. Wirtschafts- und ‚Sozial‘politik bedienen immer uneingeschränkter die Ansprüche der Kapitalvermehrung. Wir können uns darüber aufklären und öffentlich deutlich machen, dass es eine Lüge ist, dass ‚wir‘ uns soziale Sicherheit, eine gute Bildung für alle etc. nicht mehr leisten können. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der Steuer‘reformen‘ immer weniger Gewinnsteuern zahlen. Gleichzeitig machen sie durch Druck auf die Lohn- und Lohnnebenkosten immer mehr Menschen arm und durch Verlängerung der Arbeitszeiten arbeitslos. Wenn unsere Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, nach Menschenwürde sowie nach gesellschaftlicher und politischer Teilhabe nicht durchsetzbar sind, zeigt dies nur, dass es im Rahmen des Kapitalismus keine Perspektive eines menschenwürdigen Lebens für alle gibt. Wenn es im Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus. Bevor es möglich wird, solche Alternativen zu benennen, müssen immer mehr Menschen die Notwendigkeit solcher Alternativen erkennen und diese Notwendigkeit politisch artikulieren. Daran wäre zu arbeiten!

Herbert Böttcher